

Gesellschaftlicher Wandel und Gewalt

Stichworte zur Entwicklung der Gewaltformen von 1989 bis 1992

Prof. Dr. Eike Hennig, geb. 1943 in Kassel, Studium der Politikwissenschaft und Soziologie in Marburg und Frankfurt/M., lehrt seit 1981 Theorie und Methodologie der Politikwissenschaft an der Gesamthochschule Kassel.

Wenn von gesellschaftlichem Wandel und Gewalt die Rede sein soll, dann geht es darum, die Gewaltformen in das Spannungsfeld von sozioökonomischen und politischen „Änderungen“ zu stellen. Ein relevanter Bezugsrahmen dafür ist eine Theorie des gesellschaftlichen Wandels, die die rapiden Strukturveränderungen nicht nur als Säkularisierung oder Wertewandel begreift. Ausgehend vom sozioökonomischen Fundament derartiger Prozesse - Stichworte dazu lauten: Globalisierung, Tertiarisierung, Flexibilisierung und „Postfordismus“ - sind Orientierungsdefizite, Verhaltens- und Handlungsunsicherheit, Apathie und, im Extremfall, zunehmende Regel- und Gesetzlosigkeit festzustellen. Derartig anomische Zustände sind mit einer „Theoriemischung“ (z. B. aus Marx und Durkheim) zu fassen, die den gesellschaftlichen Unterbau dieser Orientierungsverluste, Ängste und Aggressionen nicht vernachlässigt. Hinzugenommen werden muß eine Theorie der demokratischen Frage - also auch eine des Rechtsstaates.

In diesem Kontext markieren Formen der Gewalt einen zerbrechenden Gesellschaftsvertrag, der sich in der alten Bundesrepublik wesentlich auf die Integrations- und Überbrückungsfähigkeit des Verteilungsstaates und eines großen gesellschaftlichen Mehrprodukts stützte. Die Demokratieakzeptanz sowie die Tugenden des „Postnationalismus“ (Lepsius) und „Postkonventionalismus“ (Habermas), so wie sie bis 1989 sektoral Gestalt anzunehmen begannen, setzen Wirtschaftszufriedenheit voraus. Es scheint, als seien lediglich die Anhänger der Grünen zu einem größeren Teil in der Lage, Statusinkonsistenz und Statusangst „auszuhalten“, ohne regressiven Deutungen nachzutruern. Ansonsten ist das Niveau einer reflexiven Modernisierung an die Leistungsfähigkeit eines Verteilungssystems gebunden, das die bereits vor 1989 deutlichen Brüche und Konfliktlinien entlang der Grenzen einer „Zweidrittelgesellschaft“ bzw. einer Spaltung in „Modernisierungsgewinner“, „Modernisierungsoffer“ und „Modernisierungsgeängstigte“ überspielt und stillstellt. Die 1990 beigetretene DDR reiht sich in dieses Meinungsklima ein, ohne aber die in der alten Bundesrepublik vorangegangenen Schritte einer demokratisierenden politischen Sozialisation seit dem Niedergang des „CDU-Staates“ ab Mitte der sechziger Jahre mitvollzogen zu haben. Die DDR-internen zivilgesellschaftlichen (d. h. vor allem befriedigenden) Ansätze sind

schwach und werden DDR-intern und vor allem auch durch das BRD-Parteiensystem schnell zerschlossen. Ab Frühjahr 1990 dominiert die Maxime des Beitritts in das Hoheitsgebiet der D-Mark, nicht aber in den Geltungsbereich des Grundgesetzes und vor allem nicht in die außerpolitische Lebensform des (1988 von Hans Magnus Enzensberger beschriebenen) „Mittelmaßes“. Diese Beitrittsmentalität äußert sich beispielhaft in der Ankopplung der Währungsumstellung an den Termin der Sommerferien und in einem Slogan, der Anfang 1990 in der DDR auftaucht: „Kommt die DM, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'nwirzuihr!“

Gewalt in der Theorie der Politik und des Politischen

Um der Gewaltdiskussion einen begrifflichen Zugriff zu eröffnen, muß zwischen der Politik und dem Politischen unterschieden werden. Zur Politik gehören Sprache, Kompromisse und konfliktregulierende Verfahrensmodalitäten, die von den Konfliktparteien anerkannt werden. Konflikte werden somit ohne direkte Gewaltanwendung austragbar, wobei Arena und Regeln der Konfliktverhandlung von allen Parteien akzeptiert und vom Staat als Garantmacht in einem Regelwerk der Gewaltenteilung gewährleistet werden. Die Konzentration der Gewalt im Zentrum des Staates, also das „Gewaltmonopol“, setzt eine Übereinkunft in der Gesellschaft über dieses Ziel voraus. Im Begriff der Souveränität endet staatlicherseits der Naturzustand mit seinen direkten (Hobbes) oder indirekten (Locke) Gewaltpotentialen und -aktionen. Im Außenverhältnis werden die Staaten fiktiv gleiche Vertragspartner; im Innenverhältnis eignet sich der Staat als Souverän die manifeste (und politische) Gewalt an, beläßt aber (als bürgerlicher Staat) die indirekte bzw. verdeckte¹ Gewalt, z. B. der sozioökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse und der Bildungsdifferenzen in Gesellschaft und Familie. Auch die strukturelle Gewaltsamkeit von gesamtgesellschaftlich nicht realisierten objektiven Möglichkeiten² wird seitens des (bürgerlichen) Staates weiterhin der Gesellschaft und der Öffentlichkeit überantwortet. Der Gewaltbegriff wird also im Akt seiner Verstaatlichung zugleich entscheidend begrenzt.³ (Konsequenterweise sind konträre „linke“ wie „rechte“ Angriffe auf das Herz des Staates entgrenzend und halten — wengleich unterschiedlich — den Verrechtlichungen den Spiegel der verdeckten und ausgeblendeten Gewalten vor.) Direkte Gewalt wird also den Konfliktparteien enteignet, so wie alle Konfliktpartner den Eindruck haben (müssen), daß mit einer gewissen Chancengleichheit auch indirekte Gewaltverhältnisse und entsprechende Abhängigkeiten sich nicht derart auswirken, daß sie den Kompromiß von vornherein fixieren. Jede Partei rechnet sich somit eine Chance aus, die politischen und verfassungsstaatlichen Regeln für ihre Zwecke einsetzen zu können, so wie sie davon ausgeht, daß sie selbst — ebenso wie der Konflikt„partner“ — ohne einen

1 Dazu Peter-Alexis Albrecht, Otto Backes (Hrsg.), *Verdeckte Gewalt*, Frankfurt/M. 1990.

2 Zu diesen Theorem, Johann Galtung vgl. Eike Hennig, *Was leistet das Konzept der „strukturellen Gewalt“*, in: Wilhelm Heitmeyer u.a. (Hrsg.), *Jugend - Staat - Gewalt*, Weinheim u. München 1989, S. 57 ff.

3 Exakt dies ist auch die Intention der sog. „Gewaltkommission“, vgl. Hans-Dieter Schwind u. a. (Hrsg.), *Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt*, 4 Bde., Berlin 1990.

Totalitätsanspruch in das Regelungsverfahren eintritt. Gewalt existiert in diesem Modell als Garantie, als Gewährleistung und als Sanktion bzw. Exekution der Ergebnisse. Eine allgemeine und regelgeleitete Gewalt ist notwendig, um diesen Verzicht auf individuelle Gewaltaktionen für die eigene Sache durchzusetzen.

Thomas Hobbes zeigt, daß die Geburtstunde derartiger Sanktions- und Ordnungsgewalt die Erkenntnis der Todesangst angesichts einer allgemein freiwerdenden individuellen Gewalt darstellt. Gewalt soll demzufolge konzentriert werden, um sie dann regem zu können. Verdeckte und indirekte Gewalten werden abgekoppelt, ebenso wie private Gewaltanwendungen zur Durchsetzung individueller Vorstellungen in strafrechtliche Schranken gewiesen werden. Direkte Gewalt gegenüber Kindern, Hausangestellten und in der Ehe, d. h. offen gewaltförmige Ausgestaltung von Erziehungs- wie Abhängigkeitsverhältnissen, blieben lange Zeit ein vorpolitisches und vorstaatliches Refugium körperlicher Gewaltanwendung und wurden lediglich durch einige allgemeine Regeln zur Vermeidung exzessiver Praktiken begrenzt. Politik aber verfügt über keine Rechtfertigung oder gar Glorifizierung von Gewalt. Politik kann Gewalt oder Krieg vor allem nicht als ultima ratio, geschweige denn als ein Medium gesellschaftlichen Lernens darstellen. An der Grenze zur offenen Gewalt endet Politik: „Die Gewalt kann nie mehr, als die Grenzen des politischen Bereichs schützen. Wo die Gewalt in die Politik selbst eindringt, ist es um die Politik geschehen. Unter dem Aspekt des reinen Gewaltprozesses stehen Kriege wie Revolutionen außerhalb des politischen Raumes.“⁴

Politik und Gewalt stehen dennoch in einem Wechselverhältnis. Die Staatsgewalt als ein Konzept des innenpolitischen Gewaltmonopols und der außenpolitischen Schutzmacht lebt von der Möglichkeit gewaltsamer Konflikte in der Außen- bzw. Zwischenstaaten-Politik und ebenso von der Bedrohlichkeit der Gewaltanwendung im Inneren. An der Grenze, d. h. an der Markierung eines Raumes, für den besagte Regeln gelten, treffen sich die Legitimationen der Innen- wie der Außenpolitik. Ohne diese Abstraktion, Generalisierung und Enteignung der Gewalt ergibt sich kein politischer Raum, innerhalb dessen sodann Individuen und Gruppen - bei Gefahr der Strafverfolgung im Falle der Zuwiderhandlung - andere Formen der Interessendurchsetzung als die der direkten Gewalt realisieren. Auch die strukturelle Gewalt indirekt geronnener Abhängigkeiten legitimiert in diesem Rahmen keine (revolutionäre) Gewalt zur Aufhebung dieser Strukturen, sondern sie mündet ein in Politikgebot. Die indirekten Gewalten und knebelnden Verhältnisse wie z. B. soziale Chancungleichheiten sind sprachlich-öffentlich zu thematisieren, als Politikum darzustellen, um sie kritisch verhandeln und ändern zu können. Es bleibt aber dabei, daß indirekte Gewalten und Abhängigkeiten sozial weiterhin existieren und den Raum der Politik ständig auf die Probe stellen. Diese Probe besteht darin, daß trotz der verdeckten Gewaltverhältnisse überwiegend ein Vertrauen in politische und rechtliche Chancengleichheit bestehen

⁴ Hannah Arendt, *Über die Revolution*, München 1965, S. 20.

muß, daß die Staatsgewalt in der Lage ist, Angriffe von außen wie Zuwiderhandlungen (Verbrechen) im Innern entscheidend zu begrenzen, so daß Rechtsfrieden herrscht.

Die Theorien des Politischen, in deren Zentrum die permanente Möglichkeit einer bis zur existentiellen Konsequenz der Tötung reichenden Unterscheidung von Freund und Feind steht, nähren sich von den verbleibenden Resten der Gewalt, von der anthropologisch und/oder interessensoziologisch begründeten Skepsis gegenüber der Entprivatisierung und Verstaatlichung der Gewaltquellen. Carl Schmitts Ausführungen über den Begriff des Politischen stellen keineswegs die einzige Theorie des gewaltgeprägten Politischen dar. Revolutionäre, putschistische und terroristische Kritiken an der Verhandbarkeit gesellschaftlicher Widersprüche bzw. Konflikte münden ebenfalls in Theorien des Politischen gegen „die“ Politik ein. Die Figur des Konflikts, der auf Verhandlungen und temporäres Ausgleichen angelegt ist, weicht in diesen Theorien derjenigen des Widerspruchs, der prinzipiellen oder strukturellen Notwendigkeit eines Antagonismus, den es aufzuheben gilt. Politik kokettiert so mit Bildern der Verhandbarkeit und Steuerungsfähigkeit eines Staatsschiffes, das Politische findet den Kern seiner Bilderwelt in der Apokalypse und in der Entschiedenheit (Dezision) beim Durchschlagen des gordischen Knoten. Das langsame, schrittweise Verbiegen von Zuständen weicht Visionen der Zuspitzung von Empörung bis zum heilsamen Aufbäumen oder - in der Konzeption des Terrorismus - bis zur demaskierenden systemischen Reaktion auf den symbolisch vorgespielten Gewaltangriff, dem zu begegnen Staat und Politik zwingt, ihre rechtsförmige Aktionsweise aufzugeben, was dann wiederum den Akt der Empörung und des Aufbegehrens verbreiten soll. Die politische Gewalt aus der Gesellschaft soll, in der Form des Politischen, soziale Gewaltverhältnisse zerschlagen und durch einen letzten gewaltsamen Akt aus der Welt schaffen. Am Anfang der Transformation steht die Gewalt, deren Einsatz legitimiert wird, weil sie sich gegen drohende oder zerstörende Mächte bzw. Verhältnisse richtet.

Geht die Theorie der Politik von dem Glauben (oder Wunsch) aus, die Eventualität des Politischen, letztlich also auch die der direkten Gewalt bis hin zur Tötung des Feindes, als Motiv und Motor einer Verallgemeinerung der Gewaltverhältnisse einzusetzen, so beharrt die Theorie des Politischen darauf, daß Gewalt ständig an den Türen des politischen Raumes steht. Der sterbliche Gott, der Leviathan und Staat, kann also weder außen- noch innenpolitisch aus der Eventualität von Krieg und Bürgerkrieg heraustreten, so daß er nicht als Hüter der Politik, sondern als Agent des Politischen auftritt. Für die Art und Weise, wie Regelleitungen und Vertrauen praktiziert werden, beinhaltet dies eine Differenz, die aufs Ganze geht. Einerseits unterstellt Politik die Einhaltung und Vernünftigkeit der diskursiv-gesellschaftsvertraglich formulierten und fortgeschriebenen Regeln, andererseits blickt das Politische ständig nach jenen Feinden, die sich im Schutz des Friedens aufrüsten, die die Grenzen innen wie außen potentiell bedrohen. Selbst wenn es momentan keine sicht-

baren Feinde gibt, sind sie doch in ihrer Potentialität überall. Medium der Politik ist eine Staatsgewalt, die mindestens einen begründeten, rational ausweisbaren Verdacht haben muß, um tätig zu werden, Medium des Politischen ist die ständige Entstaatlichung der Gewalt hin zu Gruppen, die die Machtfrage gewaltsam stellen (sei es als Bürgerkriegsparteien, als Terroristen oder als international-organisiertes Verbrechen), ist aber auch eine Staatsgewalt, die selbst ständig das Vorfeld ihrer Sanktionen und Beobachtungen weiter ausdehnt, den Raum der Politik somit schon im Keim zu ersticken droht.

Handlungsfelder rechtsextremistischer Organisationen

Die Mitgliederzahl aller rechtsextremistischen Organisationen in der Bundesrepublik hat 1991 (39 800) den höchsten Stand seit Ende der sechziger Jahre erreicht. Sie entspricht damit in etwa dem Mitgliederbestand der Grünen, während sie sich noch unterhalb der Größenordnung der „Partei der zweiten Wahl“, der FDP, bewegt - von SPD und CDU mit etwa 690 000 bzw. 900 000 Mitgliedern ganz abgesehen. Auch der DGB stellt mit seinen 11,6 Millionen Mitgliedern (1990) die rechten Mitgliederzahlen numerisch klar in den Schatten. Allerdings verlieren Großorganisationen an Dominanz, wenn die Zahlen richtig gelesen werden. Es sind zwei ganz unterschiedliche Entscheidungen und Verhaltensweisen, sich einer Großorganisation oder einer Sekte mit hohen Eintrittsbarrieren anzuschließen. In diesem Sinn können vor allem in überschaubaren Aktionsräumen und in lokalen Öffentlichkeiten Gruppen von 20 bis 30 Skins mehr Wirkung entfalten, als dies 200 bis 300 Gewerkschafter zu tun in der Lage sind. Beispielsweise kann eine „Plattensiedlung“ mit etwa 50 000 Bewohnern durch rund 50 Skins auf ihren (wenigen) öffentlichen Plätzen so geprägt werden, daß die überwiegende Mehrheit vor dieser Art von Radikalität, manifestierter Gewalt und permanenter Gewaltbereitschaft Angst bekommt. Statistisch kommt auf 1 000 Einwohner zwar nur 1 Skin, aber eine geschlossen auftretende Kleingruppe kann diese Relation auf den Kopf stellen. Gerade im lokalen Bezugsfeld können solche Kleingruppen Aktivitäten entfalten, Entschiedenheit und körperliche Gewalt demonstrieren wie inszenieren, so daß die numerisch größeren Organisationen ohne „Gesinnungsgemeinschaft“ und mit einem relativierenden Rollenpluralismus ihrer Mitglieder in den Hintergrund treten.

Die Großorganisationen sind zwar zu überregionalen Kundgebungen in der Lage, die aber punktuell bleiben und gegen die alltägliche lokale Präsenz rechter Gruppen in Kneipen und auf Plätzen kaum etwas ausrichten. In Stadtvierteln oder Straßenzügen erzeugen wenige, aber entschieden und geschlossen auftretende Gewaltaktivisten ein Angstklima und drängen damit andere Arten, öffentliche Räume zu besetzen, in den Hintergrund: „Wir ziehen an irgendeinem Tag los, erst mal anständig saufen, und dann gehen wir klatschen“, so beschreibt ein Jugendlicher dieses Zusammentreffen von Langeweile, Gruppe, unstrukturierten Räumen (die lediglich als Kampfplatz Charakter annehmen), Anomie und eskalierenden Gewaltszenarien. Gewalt

spielt in diesem Rahmen eine psychologische Rolle, um eigene Ängste überspielen zu können: „Wenn man einen Linken ansieht, der steht da und zittert und quatscht sich dämlich. Die haben Angst vor uns. Das ist das Schönste, was es geben kann, daß sie zittern, daß sie Angst vor uns haben“, führt der bereits erwähnte Jugendliche aus Lichtenberg an.⁵

In der Endphase der Weimarer Republik ist ähnliches bereits von SA-Stürmen praktiziert worden und hat zu einer Lähmung demokratischer Öffentlichkeiten und zur (Gegen)Militarisierung proletarischer Öffentlichkeiten geführt. Die Gewaltketten nach Hoyerswerda und Rostock sowie diese Aktionen selbst zeigen darüber hinaus, wie sehr unter besonderen situativen Bedingungen solche lokalen gewaltgeprägten Öffentlichkeiten dominant werden können und sich tagelang als ein Bündnis informeller Gewaltaktivisten, organisierter Gewaltkader und des applaudierenden Mobs etablieren. Diesem lokalen Meinungsklima können Gegenaktivitäten nur als aufgepfropfte und von außen hineingetragene punktuelle Aktion gegenübergestellt werden. Mitglieder der Großorganisationen sind zu diesem (tendenziell gefährlichen) Aufwand vielfach nicht bereit, so daß sich die Herstellung von Öffentlichkeiten wie Gegenöffentlichkeiten auf die Mitglieder antagonistischer Gruppen, z. B. von „Faschos“ und „Antifas“, beschränkt. Großorganisationen dagegen demonstrieren zumeist nur symbolisch in der „Ferne“, d. h. außerhalb der Bannmeilen der vor Ort tatsächlich umstrittenen Räume. Diese Demonstrationen zeigen Stärke also primär durch Zahlen, indem sie z. B. den Bonner Hofgarten auszufüllen in der Lage sind. Am nächsten Tag ist dieser Demonstrationsplatz dann wieder leer, während die lokale Szenerie alltäglich das umstrittene Terrain wahlweiser „Rollkommandos“ ist und bleibt.

1977, ein Jahr „links-terroristischer“ Gewalt ebenso wie grassierender Verdächtigungen und zugehöriger legalistischer Entrechtlichung seitens des Staates, hatte das Angstmilieu noch eine ganz andere Gestalt. Einerseits existierten - dokumentiert an den Beispielen von Peter Brückner und Heinrich Böll (später nochmals von Alexander Schubart) — Ängste seitens des Staates, in den Sumpf der Sympathisanten hineingezogen zu werden, andererseits verbreitete der „linke Terror“ sicherlich Ängste in den Villen- und Regierungsvierteln von Bonn bis Königstein. Gejoggt wurde, wenn überhaupt, nur noch in Begleitung von Leibwächtern. Die Angst verlagerte sich 1977 stärker in die Privatsphäre der unterschiedlich Betroffenen. Das Angstklima breitete sich aber nicht über ganze Stadtviertel aus; „linke“ wie „alternative“ Gegenkulturen (nicht: Subkulturen) konnten sich weiter entfalten. Es ist denkbar, daß die sozialen Stärken und politischen Schwächen jenes Lebensstiles des „Mittelmaßes“ und jetzt der „Erlebnisgesellschaft“ wesentliche Impulse aus dieser Sozialisierungsphase erhalten haben: Die Entpolitisierung alternativer Lebensstile wäre sodann auch als ein Reflex auf die Vorverlegung staatlicher Antigungwaltermittlungen zu entziffern.

⁵ Zit. n. Burkhard Schröder, Rechte Kerle, Reinbek b. Hamburg 1992, S. 185,188 - Zum Gequatsche der Linken vgl. S. 185: „Bei den Linken ist es so, die quatschen nur dämlich. Die wollen immer das und das verbessern. Es passiert nichts.“

Zu den Änderungen von 1989 bis 1992

Im Zentrum der rassistischen Gewalttaten standen 1991 2 100 Mitglieder neonazistischer Organisationen und 4 200 neonazistisch orientierte Skinheads, die zumeist in lokalen bzw. regionalen, untereinander aber mehr und mehr vernetzten informellen Gruppen auftraten. Schwere Gewalttaten nahmen dramatischer zu als die Mitgliederzahlen: Sie stiegen von 103 (1989) über 270 (1990) auf 1 483 (1991) also um 160 bzw. 450 Prozent an. Gewaltopfer, vor allem der Tötungsdelikte, Brandanschläge und Körperverletzungen, waren vorrangig Nicht-Deutsche, hauptsächlich Asylbewerber, deren Zahl ebenso wie die der Aussiedler seit 1988 deutlich anstieg. Vor allem 1992 stieg auch die Zahl der Opfer unter den sogenannten „Inländerfeinden“ an, rechte Gewalt richtet sich immer deutlicher auch gegen solche Deutsche, die der rechten Militanz bis hin zu „Strafexpeditionen“ entgegentreten, die für eine nicht national, sondern multikulturell und universell-staatsbürgerlich verfaßte Gesellschaft plädieren oder z. B. gegen Homosexuelle, Obdachlose wie Behinderte, die dem Bild maskuliner Stärke und dem rechtsextremen Idealtyp eines „lebenswerten“ Lebens nicht entsprechen. Diesen „Inländerfeinden“ wird seitens der Rechten mittels einer nationalistischen Uminterpretation von Entfremdung zu Überfremdung das Projekt eines „Ethnozids an den Deutschen“ zugewiesen, wogegen - „um welchen Preis auch immer“ - Widerstand, d. h. eine als Gegengewalt legitimierte Gewalt, angekündigt wird.

Dennoch: Trotz solch gravierender Opferzahlen markieren die Gewalttaten für sich noch nicht die gesamte Problematik, vergleicht man sie etwa mit den von der Gesellschaft als unverrückbare Normalität hingenommenen Todeszahlen im Straßenverkehr. Die Problematik wird eher erkennbar, wenn man den tagelang nahezu ungebrochenen, selbstreferentiellen und szenischen Verlauf der beiden Gewaltketten nach Hoyerswerda (September 1991) und vor allem nach Rostock (August 1992) betrachtet. Alle absoluten Zahlen - selbst wenn man großzügig Dunkelziffern addiert - werfen nur (wenngleich in der Steigerung deutliche) Schlaglichter, sie selbst definieren nicht jenen Bedeutungsgehalt, der die Wirkung aller Einzelphänomene auf das politisch-soziale System zusammenfaßt.

Zur Thematik gehört vor allem, daß die Problematik einer unkontrollierten Zuwanderung seitens der Regierungskoalition tabuisiert wird. Wider alle Realität heißt es, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland. Viele humanitäre Gruppen ebenso wie dominante Teile von SPD und Grünen verdrängen Umfang und Problematik der propagierten Einwanderung ebenfalls und berauben so die zentrale Frage der Menschenwürde ihrer sozialräumlichen Konkretisierung. Die entscheidende Frage daraus ist folgendermaßen zu formulieren: Wieviel Universalismus und Zivilgesellschaft im begrenzten Gebiet eines Staates, nämlich der Bundesrepublik mit ihren deutsch-deutschen Fremdheits- bzw. Akkulturationsproblemen, kann menschwürdig für deutsche „Modernisierungsverlierer“ und Statusbedrohte sowie für Einwanderer,

Kriegs- wie Elendsflüchtlinge und (dies ist die kleinste Zahl) politische Asylbewerber gewährleistet werden?

Diese Frage stellt sich vor allem angesichts der begrenzten und zunehmend krisengestörten Kapazität einer tausch- und wachstumsorientierten Ökonomie im Westteil sowie einer bis zu den Erhaltungsinvestitionen des fixen Kapitals substantiell aufgezehrten, vormals arbeitsorientierten Ökonomie im Osten Deutschlands. Die Antwort auf diese Frage muß dem Status quo einer „wohlstandschauvinistisch“ an sozialem wie individuellem Reichtum orientierten Gesellschaftsmehrheit Rechnung tragen, und ist zu diskutieren angesichts einer nicht mehr durch Blöcke eingedämmten europäischen und weltweiten Ungleichheit, die in weiten Teilen der gespaltenen und dennoch einen Erde menschenunwürdige Zustände hervorbringt.

Die emotionale wie materielle Basis des bis 1989 für die postmaterialistisch eingestellten Teile (anders gesagt: die gestaltenden Minderheiten) der BRD-Bevölkerung geltenden Mittelmaßes der sozialen Selbstorganisation, der Einstellung auf staatliche Subsistenz und der Abstinenz von institutioneller wie normativer Politik ist seit spätestens 1992 schwer gestört. Auf einer grundlegend geänderten Basis müßte dieses Mittelmaß neu definiert werden. Dabei müßte angesichts der nationalen wie internationalen Krisenhaftigkeit der Ungleichheiten und Spaltungen vor allem die sozioökonomische Basis dieses Kulturprojekts neu konsolidiert, ja überhaupt erst einmal thematisiert werden. Postkonventionalismus und Postnationalismus bedürfen materieller Grundlagen, die sich im Kontext ökonomischer Globalisierung eher für Eliten als für Unterprivilegierte herstellen.

Im Gefolge gleichzeitig nationaler deutsch-deutscher wie internationaler, europäischer Transformationen treten 1992 innenpolitisch hinsichtlich des Meinungsklimas die Folgen einer seit 1985 betriebenen normalisierenden und gemäßigt nationalen wie patriotischen Geschichts- und Wertepolitik zutage. Diese Topik bestimmt die Bilder, mit denen die Krise 1992 beschrieben wird. Dabei zeigt sich, daß derartige Impulse neokonservativ zwar gegeben, aber nicht kontrolliert werden können, daß sie angesichts der Krisendynamik ebenfalls eine Radikalisierungstendenz entwickeln, die von rechts her besetzt und gepflegt werden kann. Eine konservative Partei kann so den Republikanern z. B. Bälle zuspielen, sie bekommt sie aber nicht einfach wieder zurück, wenn sie das will. Es zeigt sich außerdem, daß diese Geschichts- und Wertepolitik - ohne die materielle Basis einer krisenfreien „Wohlstandsgesellschaft“ - nicht integrierend, sondern schroff polarisierend wirkt. Die Polarisierung folgt dabei gerade den politischen Vorgaben und der jahrelang auch vom sozialwissenschaftlichen mainstream betriebenen kulturalistischen Sichtweise. Eine Kritik der politischen Ökonomie findet nicht statt, ferner spielt in Deutschland die historische, d. h. geschichtspolitische oder legitimatorische Bezugsperspektive eine viel zu große Rolle. Auch DGB, SPD und Grüne kritisieren die politische Ökonomie nicht, letztere sind sowieso Kinder des kulturellen Modernisierungsschubs der siebziger Jahre, erstere argumentieren punktuell

und widersprüchlich, indem sie für ihre eigene Klientel sozialstaatliche und ökonomische Nachbesserungen und zugleich eine „offene Republik“ fordern.

Im Kontext der kulturalistischen Argumentation steht einer Bündelung der Problemdiagnose und der Therapie auf Kosten der Asylbewerber bzw. Kriegs- wie Armutsflüchtlinge wenig im Wege. Auch im Rahmen der seit 1985 gepflegten Diskussion um nationale Identität und der zunehmenden expressiven Orientierungen vor allem unter Jugendlichen und formal weniger gebildeten Kreisen der Bevölkerung bieten sich eine ökonomische Krisendiskussion und eine Analyse der materiellen Bedingungen für die postmaterialistische Moderne nicht an. Angstphantasien um sozialen Abstieg und kulturelle Überfremdung passen in den gesellschaftlichen Bilderfundus von Ungleichheit und Herrschaft. Die jüngste Gewaltdebatte des Bundestages deutet, wie seinerzeit 1977, eine weitere Eskalationsstufe an: Die Propagandisten von Hedonismus und plural-liberalen Wertorientierungen müßten zurückgedrängt werden. Ein Vergleich der antiterroristischen Reaktionen des politischen Systems auf massive Gewaltaktivitäten 1977, 1991 und 1992 weist gleichzeitig auf wichtige Unterschiede hin: 1992 wurde erst dann massiv reagiert (z. B. durch Konzentration von Ermittlungstätigkeiten beim Generalbundesanwalt oder durch Organisationsverbote) als ein Symbol der Staatslegende bzw. der politisch-kulturellen Legitimation zerstört wurde — nämlich die Baracke im KZ Sachsenhausen (der Brand eines Hauses mit vietnamesischen „Gastarbeitern“ in Rostock hat dergleichen nicht ausgelöst) - und als sich die kritischen Stimmen aus dem Ausland mehrten (während eine Handvoll Warner im Inland abgekanzelt und die erste Sinus-Studie seinerzeit als Beleidigung des deutschen Volkes verunglimpft wurde).

In diesem Meinungsklima können sektenhaft entschlossene wie rigide Minderheiten von Militanten ein politisches System und eine Öffentlichkeit, die sich ihrer vorherigen organisierenden Grundsätze beraubt fühlen, schwer beunruhigen. Warum? Der Leerlauf und die Hohlheit des Zustandes bis 1989 brechen angesichts eines normalen Extremismus auf, der nicht systemtranszendierend von links und militant gegen maßgebliche Repräsentanten wie Symbole auftritt, sondern der sich immanent-kritisch an Brechungen der Mehrheitsmeinung und des politischen Systems selbst anlehnen kann. Die gegenüber den desolaten Zeitläuften, die fundamentalistisch als Apokalypse gezeichnet werden, erforderliche Haltung des Durchgreifens und Zupackens verbindet die Mehrheit mit ihrer Minderheit. Sichtbar werden diese Symbiose und Kooperation im Zusammenspiel von Mob und Aktivisten, was die militanten Aktionen zuerst in Hoyerswerda und die von Rostock ausgehende Gewaltkette charakterisiert. Teile der Bevölkerung, aber vor allem die informell im lokalen Umfeld agierenden Skins, brechen damit im Osten offen ein zentrales Tabu der Bundesrepublik, während sich dieser Bruch im Westen insgeheim als die zum „Protest“ stilisierte Wahl einer rechtsradikalen oder (wenn nichts anderes verfügbar ist) auch einer offen-rechtsextremen Partei vollzieht.

Die herrschende Sozialwissenschaft hat die entsprechenden Ausdrucksformen und Sozialisationsprozesse angesichts der für sie bedeutsameren Themen wie Wertewandel, rationale Wahl, Moderne, Kultur, Selbstbestimmtheit von Teilsystemen, Kommunikation vernachlässigt. Selbst die demokratische Frage stellte sich als die Frage nach den Rechten besonderer Gruppen im Kontext universell-allgemeiner Gesetze politisch sehr verkürzt dar, soziale Bewegung und unkonventionelle Politikformen werden als eigene Domäne betrachtet, Fundamentalismus und Populismus sind demzufolge schlechter erforscht. Die ökonomischen Folgen von Flexibilisierung und Tertiarisierung, Trends zu Spaltungen der Städte, die Zunahme einer Gewalt so platt und sprachlos wie das Abtrennen eines Kohlhauptes (Hegel) - solche und weitere Alarmzeichen werden von einer auf Diskurs, Postkonventionalismus, Postnationalismus fixierten Soziologie und einer in Politikfeldern sich spezialisierenden Politologie übersehen.

Fazit

1992 ist - in Fortsetzung von Linien, die sich seit 1985 deutlich ankündigen und die im Gefolge der internationalen wie nationalen Transformation seit 1989 durchbrechen - eine gespenstisch irrealen Konstellation entstanden: In einer Welt großer Ungleichheiten und einer auf einen schmalen Raum konzentrierten, sehr einseitigen Güterproduktion, in einer Welt steigender Zahlen von Armutsflüchtlings und Migranten, mit geringen Handlungsspielräumen für die Metropolen, in einer solchen Welt geht, wie Marx es beschrieben hat, die im doppelten Sinn freie (d. h. bewegliche und ihrer Subsistenzmittel ledige) Arbeit zum Kapital und löst damit globale Eingriffe in die organische Zusammensetzung aus. Die Folgen reichen bis zur Dekapitalisierung (im Süden und Osten) und zu nationalen wie internationalen Spaltungen und Abhängigkeiten im Kontext einer nicht mehr tiefengegliederten und ständig rationalisierten Produktion. Gespenstisch ist das politische Szenario in der Bundesrepublik deshalb, weil diese Konflikte eben nicht entlang ihrer Interessen, sondern entlang ihrer „Befindlichkeiten“ thematisiert werden. Nationale Chauvinisten gegen alle Ausländer treffen da auf internationale „Wohlstandschauvisten“ für den ökonomisch verwertbaren Ausländer und auf entmaterialisierte, gleichwohl aber höchst krisenanfällig organisierte Universalisten, die die blue notes bei den Fragen der offenen Republik und der Garantie von Menschenwürde in den Grenzen des Staates aussparen.